

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 44

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die USA greifen nun in Lateinamerika ein

Immer mehr spitzt sich die politische Lage in Mittelamerika in den letzten Tagen zu.

Die von Präsident Eisenhower angeordnete Flottendemonstration im Karibischen Raum mit dem Hilfeversprechen an Guatemala und Nicaragua gegen eine allfällige kommunistische Invasion, wird allerdings dahingehend interpretiert, dieser Entscheidung sei kein Hinweis darauf, dass die USA glaubten, dass ein Angriff unmittelbar bevorstehe.

Es handelt sich zunächst um eine Ueberwachungsaufgabe. Ein Eingreifen der amerikanischen Flotteneinheiten würde erst bei Annäherung verdächtiger Schiffe an die Küsten Guatemalas und Nicaraguas erfolgen.

Unmittelbarer Anlass zum Aufgebot der Flotteneinheiten ist die Tatsache, dass sich die USA im Besitz von Dokumenten befinden, aus denen hervorgeht, dass Kuba beträchtliche Waffenlieferungen aus kommunistischen Ländern erhalten hat und laufend erhält. Seit Juli hätten mindestens zwölf sowjetische Schiffe Waffen an Kuba geliefert, welche die internen Bedürfnisse dieses Landes bei weitem überstiegen.

Es wird im amerikanischen Staatsdepartement weiter argumentiert: Wenn die Regierungen von Nicaragua und Guate-

mala den Nachweis zu führen vermögen, dass die gescheiterten Aufstandsversuche (KB, Nr. 43) in ihren Ländern von aussen geleitet waren und ihre Sicherheit durch Kuba bedroht ist, könnten Strafmassnahmen (Abbruch der Beziehungen, Wirtschaftsboykott oder als letztes Mittel theoretisch sogar eine bewaffnete Aktion) beschlossen werden.

Für eine immer bedingungslosere Abhängigkeit Fidel Castros von Moskau sprechen Berichte, wonach die kubanische Regierung kürzlich sogar von Moskau selber zur Mässigung ermahnt worden sei. Moskau habe Fidel Castro wissen lassen, dass den Sowjets an künftigen Verhandlungen mit der neuen amerikanischen Regierung mehr gelegen sei als am kubanischen Radikalismus und dass auch jede weitere Entfremdung Kubas von den lateinamerikanischen Ländern nicht im Interesse Moskaus liege.

Wenn der kubanische Aussenminister Roa beim Vorsitzenden der Generalversammlung der Uno gegen den Beschluss Eisenhowers protestiert und die USA der Unterstützung der «dikta-

torischen Regime» Guatemalas und Nicaraguas bezichtigt, so ändert das nichts an der Tatsache, dass der internationale Kommunismus planmässig die Revolution in Zentralamerika organisiert, indem er sich der Städte oder Kasernen bemächtigt und Arbeiterstreiks am laufenden Band provoziert. In diesem Sinne äusserte sich in einer Radiorede der Präsident von Costa Rica, Echandi.

ZAF und kein Ende

Am 5. Dezember beginnt in London die Konferenz über die Verfassung der Zentralafrikanischen Föderation. Im Mittelpunkt einer hitzigen Auseinandersetzung wird die Anregung der Monckton-Kommission stehen, allfällige Sezessionswünsche der drei Territorien Nordrhodesien, Südrhodesien und Njassaland zu berücksichtigen. Die weissen Siedler der Föderation, unter ihnen Regierungschef Sir Roy Welensky, zeigen sich über die Empfehlungen des Monckton-Berichtes, der sich auch gegen rassische Diskriminierung wendet, äusserst erbittert. Noch hat man zu Gesprächen Zeit. Aber wie lange?

Kongo: Mord und Debatten gehen weiter

Im Kongo selber wie in den Vereinten Nationen bewegt man sich noch immer in einem Teufelskreis; es wird noch geraume Zeit währen, bis er unter den gegebenen Voraussetzungen durch gerechtes Handeln auf allen Seiten gesprengt werden wird.

Wie wenig die Unotruppen imstande sind, die von allen Seiten geforderte Ordnung im Kongo tatsächlich aufrechtzuerhalten, geht aus weiteren Berichten der vergangenen Woche hervor, die eine Reihe von Greuelthaten und Massakern zum Gegenstand haben.

So wurden drei Mitglieder der amerikanischen Botschaft in Léopoldville und die Gattin des einen durch Kongolesen angegriffen und mit Messerstichen verletzt. Nur mit knapper Not kamen sie mit dem Leben davon. Bei einem Massaker in Lengwe sollen 80 Afrikaner getötet worden sein, bei Manono 33 Kongolesen ihr Leben eingebüsst haben. Die Lage hat sich auch in Luena, Kabalo und zahlreichen andern Orten verschärft.

Indessen wird in der Uno-Generalversammlung noch immer darüber debattiert, ob die Delegation Kasavubus (KB, Nr. 43) als die rechtmässige Vertreterin des Kongos zugelassen werden soll oder nicht.

Letzterer Ansicht sind vor allem die kommunistischen Vertreter mit dem Sowjetdelegierten Zorin an der Spitze, die mit hemmungsloser Heftigkeit die Prozedurfrage durch tendenziöse Schilderungen des politischen Kongoproblems zu vernebeln versuchen. Sie richten ihre schwersten Geschütze gegen die USA und die Nato-Mächte, welche die Uno-Flagge missbrauchten und Lumumba von allem Anfang an auszuschalten versucht hätten, um ihre Puppe Kasavubu an die Macht zu bringen.

Dabei fehlte es nicht an heftigen Seitenhieben gegen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld.

Inzwischen liess sich Kasavubu dahingehend vernehmen, dass er die Vermittlungskommission, die sich nach dem Kongo begeben soll, überhaupt nicht anerkennen werde, wenn noch kein Beschluss vorliege. Er könne jene Kommission nur akzeptieren, sofern seine Delegation anerkannt werde.

Um die Sache noch zu erschweren, drohten einige Mitgliedstaaten der Kommission, darunter Guinea und Mali, mit dem Boykott der Vermittlungskommission, falls Kasavubus Vertreter als Delegation des Kongos in den Vereinten Nationen zugelassen würden.

Stärkere Türkei

Nach der Ausschaltung von 14 Mitgliedern des Revolutionskomitees in der Türkei durch General Gürsel wurden die meisten derselben auf Auslandsposten versetzt. Zwei unter den gesäuberten haben eine solche Versetzung allerdings abgelehnt, wobei das Komitee die Freundschaft besitzt, ihnen entgegenzukommen und für sie eine andere Lösung ins Auge zu fassen.

Wie erinnerlich wurden im vergangenen Monat 147 Universitätsprofessoren und Lehrbeauftragte auf Grund des Reformgesetzes des Komitees für nationale Einheit aus ihren Beamtungen entlassen. Vertreter aus jenen Kreisen haben neuerdings das Komitee ersucht, die Entlassungen rückgängig zu machen. Gleichzeitig haben Tausende von Offizieren, die vor drei Wochen zwangsweise entlassen worden waren, an General Gürsel das Gesuch gerichtet, wieder in den Dienst genommen zu werden.

Die Appelle erfolgten auf Berichte hin, wonach einige Entscheide und Gesetze des früheren Komitees für nationale Einheit nach erfolgter Säuberung wieder aufgehoben werden.

Ueberdies erlangte am Montag ein Amnestiegesetz Rechtskraft, das rund 20 000 türkischen Häftlingen die Freiheit zurückgeben wird.

Aus all diesen Anzeichen zu schliessen, scheint das gesäuberte Komitee für nationale Einheit die Macht in der Türkei in zunehmendem Masse in den Händen zu halten (KB, Nr. 43).

Laos koexistiert

Den baldigen Beitritt von Angehörigen der kommunistischen Pathet-Lao-Bewegung zum Kabinett bestätigte der laotische Ministerpräsident Prinz Souvanna Phuma.

Das Radio der Pathet-Lao meldete den bevorstehenden Angriff der Rebellen auf Vientiane und versicherte die Bevölkerung, die Pathet-Lao und das ganze Land stünden hinter der Regierung von Souvanna Phuma.

Radio Savannaketh berichtete hingegen von den raschen Fortschritten der Anhänger des Komitees von Savannaketh im ganzen Lande und forderte den Ministerpräsidenten zum Rücktritt auf.

Die Regierung von Vientiane wies jedoch diese Forderung energisch zurück und bestätigte ihren Willen, trotz den gegenwärtigen Schwierigkeiten eine Politik der Neutralität und der nationalen Versöhnung zu befolgen.

Am Rande ...

Die Abreise des tschechoslowakischen Staatspräsidenten und Parteisekretärs Novotny schien darauf hinzudeuten, dass die Gipfelkonferenz der Länder des kommunistischen Ostblocks in Moskau bereits zu Ende gegangen sei. Dass es hinter den Türen des Kremls aber noch einiges «auszuhandeln» gibt, geht aus Berichten hervor, wonach die Chinesen noch keine «Konzessionen auf ideologischer Ebene» gemacht haben.

*

Berichte über grosse sowjetische Hilfsangebote an die Türkei halten sich. Letzte Woche erhielten sie Nahrung durch den Aufenthalt einer türkischen Handelsmission in Moskau und eine Unterredung zwischen dem türkischen Aussenminister und dem sowjetischen Botschafter in Ankara.

*

In der Sowjetunion wurde am 20. November der 50. Todestag des russischen Schriftstellers Leo Tolstoj gefeiert, wobei im Moskauer Bolschoi-Theater auch Ministerpräsident Chruschtschew und andere Führer der Partei, ausländische Gäste und Schriftsteller teilnahmen.